

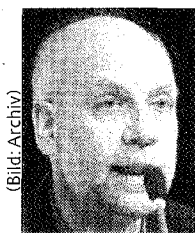
Größerer Untersuchungsraum gefordert **Evonik-Kamin soll bis zu 250 m hoch werden**

Lünen. (-nz) Schon vor dem Scopingtermin gestern im Hansesaal zweifelt zumindest Thomas Matthée nicht an der Ernsthaftigkeit der Evonik-Absichten, in Lünen einen neuen 900 MW-Kohlekraftwerksblock zu bauen. Der Sprecher der Lüner Kraftwerksgegner: „Die machen so ein Verfahren nicht aus Jux und Dollerei.“

Im Verlauf des von Beamten der Arnsberger Bezirksregierung geleiteten Scopingtermins stellten Evonik-Repräsentanten das Bauvorhaben Vertretern von Behörden und Verbänden vor. Und von denen waren mehr gekommen als zunächst erwartet: Delegationen aus Selm, Waltrop, Dortmund, Castrop-Rauxel und natürlich Lünen, vom BUND, dem Landesbüro der Naturschutzverbände, vom Arbeitskreis Umwelt und Heimat sowie von der Bürgerinitiative „Kontra Kohle Kraftwerk“.

Sachlich sei es schon gewesen, konstatierte gegenüber unserer Redaktion Thomas Matthée - und „durchaus verwunderlich“: „Viele Behördenvertreter aus Nachbargemeinden sind inzwischen wach geworden.“ So sei von ihnen beispielweise eine CO2-Bilanz gefordert worden, weil mit Evonik-Vorhaben die Kraftwerksleitung in der Region weiter aufgebaut und die Kumulationswirkung zugleich nicht bewertet werde. Matthée selbst fiel auf, dass Evonik gestern nicht mehr - wie in der Wochen alten Vorhabenbeschreibung

zu lesen - von einem 200, sondern von einem bis zu 250 Meter hohen Schornstein sprach. Deshalb habe er an Ort und Stelle eine Erweiterung des Untersuchungsraumes auf „35 Kilometer im Quadrat“ gefordert. Zudem wurden angesichts des Evo-



(Bild: Archiv)

„Wenn ich mit solchen Unterlagen in die Uni gekommen wäre, hätte mich mein Professor nach Hause gejagt“

Thomas Matthée über die Evonik-Papiere

nik-Hinweises, die Kohle für das neue Kraftwerk werde per Bahn angeliefert, Lärmschutzmaßnahmen gefordert. Matthée: „Das Unternehmen geht davon aus, dass mindestens 330 Tonnen Kohle pro Stunde über die Hamm-Osterfelder-Bahn transportiert werden müssen: „Das sind gegenüber heute 26 Radsätze pro Stunde mehr.“

Auch im Scopingtermin wurde von den Evonik-Vertretern nicht eindeutig erklärt, ob das Unternehmen einen Bauantrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz stellen werde. Bekanntlich hat sich der Lüner Stadtrat mehrheitlich gegen ein weiteres Evonik-Kraftwerk ausgesprochen. (siehe auch Seite 3)